

Verfassungsschutz?

Jahrelang konnte eine faschistische Mörderbande in der Bundesrepublik ihr Unwesen treiben und Menschen ermorden. Wurden sie dabei vom Verfassungsschutz gehindert? Hat er zur Aufklärung der Taten beigetragen? Offensichtlich nicht! Im Gegenteil! Vieles deutet darauf hin, dass der Verfassungsschutz nicht nur Ermittlungen behindert, sondern das Trio sogar unterstützt hat. Man muss sich wirklich fragen, ob die Nazi zelle aufgefliegen wäre, wenn man beim Verfassungsschutz von den Ermittlungen wegen Bankraubs gewusst hätte. Wären die Täter gewarnt worden? Der Verfassungsschutz wirkt so eher wie ein Nazischutz und antidemokratische Institution. Denn während er auf der einen Seite Verbrecher zumindest gewähren ließ, observiert er auf der anderen kritische Demokraten. DIE LINKE steht dem Kapitalismus kritisch gegenüber und strebt seine Überwindung an. Das ist ein nach dem Grundgesetz legitimes Ziel, denn danach ist die Bundesrepublik ein sozia-



Er hinkt, ist auf dem rechten Auge blind und hat 'nen Vogel - so einer könnte heutzutage nur noch beim Verfassungsschutz arbeiten. (Bildquelle: Wikipedia)

ler und demokratischer Bundesstaat. Der Kapitalismus als Wirtschaftsform genießt mitnichten Verfassungsrang. Was Verfassungsrang genießt sind die Grundrechte, und die hat in den letzten Jahren nicht DIE LINKE z.B. durch Vorratsdatenspeicherung oder sogenannte Antiterrorgesetze eingeschränkt, sondern alle anderen derzeit im Bundestag vertretenen politischen Kräfte.

Langenberger Freibad verfällt

Jetzt ist es amtlich! In der letzten Sitzung des BZA-Langenberg verließ Andreas Wendenburg einen Brief der Stadtwerke Velbert. Diese erklärten auf Anfrage, keine Unterhaltungs- und Frostschutzmaßnahmen am Freibecken durchzuführen. Somit ist das Becken dem Verfall anheim gegeben. Damit rückt eine Wiederinbetriebnahme noch weiter in die Ferne. Die Fraktion DIE LINKE gibt die Hoffnung allerdings nicht auf, dass sich das nach den nächsten Kommunalwahlen oder durch einen weiteren Bürgerentscheid mit geringerem Quorum (15 statt 20%) ändern lässt.

+++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++ aktuell +++

Newsletter

Mit dem **wöchentlichen Newsletter** bleiben Sie immer auf dem Laufenden und erfahren die wichtigsten Neuigkeiten über die DIE LINKE.

Jetzt kostenfrei abonnieren unter:
<http://newsletter.die-linke.de>

DIE LINKE.

Langenbergpass: DIE LINKE hakt nach

Vor geraumer Zeit hat der Wirtschaftsförderungsausschuss die Verwaltung beauftragt, einen Langenbergpass zu erarbeiten. Ziel dieses Passes ist, die Anziehungskraft von Langenberg für Kinder

und junge Familien durch piffige Ideen zu erhöhen. Dazu sollen vorhandene öffentliche und private Freizeitangebote gebündelt und mit deutlicher Vergünstigung (- 25 %) angeboten werden. Das

ganze sollte als eine Art Pilotprojekt für die anderen Stadtteile initiiert werden. Nun fordert DIE LINKE Aufklärung ob und wie die Wirtschaftsförderung mit dem Thema weiter gekommen ist.

Diäten-Erhöpfung soll nächste Woche durchgepeitscht werden

Die umstrittene Erhöhung der Abgeordnetenbezüge um 500 Euro soll bereits in der nächsten Plenarsitzung mit der Mehrheit von CDU, SPD und Grünen besiegelt werden. Dies haben die drei Fraktionen heute beschlossen. „Trotz mahrender Stimmen in der Expertenanhörung, trotz tausender Protestmails aus der Bevölkerung und selbst aus den eigenen Parteien will Schwarz-Rot-Grün die Diätenerhöhung nächste Woche endgültig durch den Landtag peitschen“, moniert Özlem Demirel, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. „Kein Wunder – die anderen Fraktionen wollen dieses höchst unpopuläre Thema endlich vom Tisch haben. Und das, obwohl die Auswertung der Anhö-

rung noch aussteht. Anscheinend interessiert die Meinung der Sachverständigen gar nicht.“ Demirel erklärte erneut, solange die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens Lohn- und Rentenkürzungen hinnehmen müssten, dürfe es auch für Abgeordnete keine Erhöhung der Bezüge geben. „CDU, SPD und Grüne haben offensichtlich in den letzten Wochen nichts dazugelernt.“ Demirel rief die Bürgerinnen und Bürger sowie den Bund der Steuerzahler dazu auf, weiter gegen die zusätzlichen 500 Euro zu protestieren. „Wir LINKEN werden uns weiter gegen diese Erhöhung stemmen, aber wir brauchen dazu auch Unterstützung auf der Straße“, sagte sie.

Mehrheit im Bezirksausschuss Velbert-Langenberg drückt sich

Haushaltsangelegenheiten standen auf der Tagesordnung des ersten BZAs im Jahr 2012. Dazu gehört auch der Vorstoß, die Bezirksausschüsse abzuschaffen, zu dem sowohl DIE LINKE als auch die SPD Anträge eingereicht hatten. Sowohl die SPD als auch DIE LINKE forderten den Erhalt der Bezirksausschüsse und die Ausweitung deren Kompetenzen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE listete konkret auf, welche weiteren Kompetenzen sie gerne in Zukunft bei den Bezirksausschüssen sähe. Darunter fällt zum Beispiel die Pflege des Ortsbildes, die Unterhaltung von Sportanlagen, der Denkmalschutz und einiges mehr. Des Weiteren griff die Fraktion DIE LINKE den Vorschlag von Bürgermeister Stefan Freitag auf, zusätzliche Bezirksausschüsse in Velbert und Tönisheide einzurichten.


In der Diskussion um die Anträge war

dann niemand offen für die Abschaffung der Bezirksausschüsse. Der Vorsitz Thorsten Cleve sah sich gar genötigt, seine in der Zeitung wiedergegebenen Äußerungen von der „Lagerbude BZA“ zu relativieren. Fast fraktionsübergreifend fand man es sinnvoll, die Kompetenzen der Bezirksausschüsse zu erweitern. Allerdings wurde gerade in dem Beitrag aus der CDU-Fraktion klar, dass man bemüht war die Kuh vom Eis zu bekommen und bloß nicht die Anträge der Fraktion DIE LINKE zu beschließen. Trotz der Auflistung in den Haushaltsangelegenheiten sah man keine Dringlichkeit und forderte Vertagung. Dieser Forderung kamen dann FDP, Grüne und auch die UVB nach und drückten sich so erfolgreich um eine Entscheidung. Tags zuvor hatte sich bereits der Bezirksausschuss Velbert-Mitte einer Entscheidung verweigert.

DIE LINKE fordert Aufklärung und Konsequenzen

Der erneute Chemieunfall im Ashlandwerk in Wülfrath zeigt, dass die Katastrophe von 2008 mit über 50 Verletzten kein Einzelfall war. Diesmal müssen nicht nur die Ursachen des Unglücks aufgeklärt werden, sondern auch die Firma vollumfänglich für die Schäden und Kosten, die den Menschen und der Allgemeinheit entstanden sind, zur Rechenschaft gezogen werden. Wozu falsche Nachsicht führt, zeigt gerade dieser erneute Unfall. Desweiteren fordert die LINKE eine Überprüfung des Krisenmanagements bei derartigen Chemiekatastrophen. Und war Velbert wirklich nicht betroffen? Die Anzahl von diesmal 20 Verletzten lässt das ganze nicht so harmlos erscheinen, wie es die Städte Velbert und Wülfrath darstellen.



Impressum  Schlüsselbund

Erscheint mehrmals im Jahr im Raum Velbert.
V.i.S.d.P für diese Ausgabe:
Joschka Baum und Ingrid Schween
Offerstraße 14a 42551 Velbert
buero@dielinke-velbert.de
www.dielinke-velbert.de
Die Redaktion behält sich vor, Einsendungen zu kürzen.

DIE LINKE. Velbert hat ein großes  für kleine Leute -ECHT SOZIAL GERECHT!